

gegeninformation

KAPITAL & KRISE

Die „Rettung“ von Opel – Standortkonkurrenz in Krisenzeiten:
Ausbeutung, die sich für Deutschland lohnt!

RESSOURCE BILDUNG

Das war der Bildungsstreik 2009: Der Staat
effektiviert die Ressource Bildung
Schüler und Studenten streiken: für ihr Ideal davon

WISSENSCHAFTSKRITIK

Kritik der VWL: Die Soziale Marktwirtschaft und die
„gesellschaftlich erwünschte“ Armut

Die „Rettung“ von Opel – Standortkonkurrenz in Krisenzeiten: AUSBEUTUNG, DIE SICH FÜR DEUTSCHLAND LOHNT!

Ende 2008 steht der multinationale Autobauer General Motors vor dem Aus. Damit sind zugleich die Töchter des amerikanischen Mutterkonzerns von Insolvenz bedroht, darunter insbesondere Opel mit seinen deutschen Standorten in Bochum, Kaiserslautern, Rüsselsheim und Eisenach. Die Arbeitsplätze, an denen all die schönen Autos produziert werden, erweisen sich für den Zweck, für den sie eingerichtet sind, als untauglich: Sie versagen als rentable Anlagen von Kapital, als Verwertungsmaschinen der Summen, die private Investoren zur Erwirtschaftung einer ansehnlichen Rendite hineingesteckt haben, also als Stätten, an denen Proleten durch ihre Arbeit Profit produzieren. Bei GM und Opel – so sieht es aus – lohnt sich Ausbeutung nicht mehr.

In Zeiten der „größten Krise seit Generationen“ nehmen sich Merkel und ihre Kollegen dieses marktwirtschaftlichen Befundes über ein privates Geschäft in besonderer Weise an. Die ökonomischen Auswirkungen der Krise und die von GM ins Auge gefassten ersten Maßnahmen – umfassende Kostensenkungen, 47000 Entlassungen weltweit, mögliche Werksschließungen in Europa – begründen ein Recht der *deutschen Regierung* auf Einspruch und Einmischung in die *unternehmerischen* Entscheidungen des US-Konzerns. Diese Forderung nach Mitsprache kommt nicht aus Vorbehalten oder gar Einwänden gegen die kapitalistische Logik der Ankündigungen von GM; dass Kündigungen, Einsparungen an Lohn und Steigerung der Arbeitsleistung das einzig probate Mittel zur Abwehr einer drohenden Insolvenz sind, ist für Politiker, die die Marktwirtschaft für die einzig senkrechte Wirtschaftsweise halten, ein Gebot ökonomischer Vernunft. Die Sorge der Regierung in Berlin und der „Landesväter“ mit

Opel-Werken gilt deren möglichen und drohenden Konsequenzen für den nationalen Automobilstandort im Besonderen und den nationalen Industriestandort im Allgemeinen. *Deutschland* will nämlich auch nach der Krise „Exportweltmeister“ bleiben und die Krise und ihre Bewältigung *dafür* nutzen.

Mit ihrem Interesse an einem ausschließlich *nationalen* Ertrag aus der Bereinigung der Krise stellen sich deutsche Politiker nicht bloß gegen die Kalkulationen international agierender Kapitale fremder Provenienz. Sie treffen auf genau komplementäre und daher gegensätzliche Ambitionen der *ausländischen* Regierungen, in denen diese Firmen ihren Stammsitz haben. Wenn die Bundesregierung ihre finanziellen Unterstützungen an Opel mit der Kondition versieht, dass kein Cent an deutschem Steuergeld in die Hände von GM geraten darf, und in der hiesigen politischen Landschaft die Vorstellung die Runde macht, die beste Lösung für Opel

sei eine Insolvenz von GM, betreiben deutsche Politiker eine Offensive in Sachen *Standortkonkurrenz* gegen den amerikanischen Staat. Und wenn Merkel mit einem Überbrückungskredit von 3 Milliarden die Magna-Lösung forciert, dabei ohne Konsultation der europäischen „Partner“ in „Vorlage“ geht, stellt sie auch gegenüber Belgien, Spanien und Polen ihre Lesart von „gesamteuropäischer Kooperation“ klar: *Zuerst* sind möglichst viele *deutsche* Fabriken und kapitalistisch wertvolle Ressourcen zu sichern; der Erhalt der Wachstumsquellen *anderer Europäer* ist eine *nachrangige* Angelegenheit. Diese steht unter dem Vorbehalt, sich als Instrument für die Stärkung von New Opel made in Germany zu bewähren – und das erfordert selbstverständlich einen finanziellen Beitrag der betreffenden Staaten zur Entlastung des deutschen Haushalts. Wenn Deutschland aus der Krise *gestärkt* hervorgehen will, müssen in der Krise andere Nationen *geschwächt* werden.

Diese Standortkonkurrenz mit der Prospektion auf Krisengewinn braucht eine verlässliche heimische Mannschaft, die für alle kapitalistischen Anforderungen in den „geretteten“ deutschen Werken von Opel (und allen anderen „erhaltenswerten“ Fabriken) bereit steht. Wie es derzeit aussieht, bedarf der Zugriff auf *diese Reichtumsquelle der Nation* keiner besonderen politischen Anstrengung. *Deutsche* Arbeiter stehen für garantiert *deutsche* Ausbeutung Gewähr bei Fuß. Erledigt wird die an so vielen Arbeitsplätzen, wie dafür nötig...

Wer etwas gegen diese imperialistischen Ambitionen hat und sie sich erklären will, ist richtig auf dem Diskussionstermin zum Thema:

DORTMUND: 10.11.09, 19 Uhr.
Im Dietrich-Keuning-Haus.

BONN: 11.11.09, 19:30 Uhr.
Im Buchladen „Le Sabot“.

Nähere Infos siehe rechte Spalte!

02

09

DISKUSSION

Die herausgebenden Gruppen dieser Zeitung geben die Möglichkeit zur Diskussion in:

Bielefeld

13.10.: Die Krisenwahl 2009.
3.12.: Wie geht demokratische Meinungsbildung?
Jeweils 19h.
In der Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld.
<http://tinyurl.com/d9xg5z>

Bonn

21.10.: Die neue US-Außenpolitik.
Weitere Termine am:
4.11., 11.11., 25.11., 2.12., 16.16., 13. 1. und 27.1.
Jeweils mittwochs, 19:30h.
Im Buchladen „Le Sabot“, Breite Str. 76, 53111 Bonn
<http://tinyurl.com/ckr44q>

Dortmund

10.11.: Standortkonkurrenz in Krisenzeiten: Der Fall Opel!
Weiterer Termin: **8.12.**
Jeweils dienstags, 19h.
Im Raum 227/228 des Dietrich-Keuning-Hauses, Leopoldstr. 50-58, 44147 Dortmund.
<http://tinyurl.com/ca8qpc>

29.10.: 20 Jahre „Wiedervereinigung“. Weitere Termine: **12.11., 26.11 und 10.12.**
Jeweils donnerstags, 19h.
Im Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund
<http://tinyurl.com/y9byyn2>

Düsseldorf

24.10.: „Linksruck“ in Lateinamerika. Weitere Termine am: **14.11. und 19.12.**
Jeweils samstags, 15h. Im Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53, 40225 Düsseldorf-Bilk
<http://tinyurl.com/ca4ncx>

Köln

26.11.: Deutschlands neue Regierung. **17.12.:** Amerikas neue Weltordnung.
Jeweils donnerstags, 20h.
Im Offenen Treff des Bürgerzentrums Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln
<http://tinyurl.com/d4ok8o>

DAS WAR DER BILDUNGSSTREIK 2009:

Der Staat effektiviert die Ressource Bildung

Schüler und Studenten streiken: für ihr Ideal davon

1. Der Staat hat seine Kritik an seinem Bildungswesen, die Ausbildung deutscher Hochschulabsolventen dauere im europäischen Vergleich zu lange, koste ihn im Verhältnis zu seinem Nutzen zu viel und sei zu wenig auf die spezifischen Bedürfnisse der Arbeitswelt zugeschnitten, in die Praxis umgesetzt. Die gymnasiale Schulzeit wurde auf 8 Jahre verkürzt und dabei das Lernpensum verdichtet. Die universitäre Bildung wurde modularisiert, die Zwischenprüfung zum eigenständigen Universitätsabschluss (Bachelor) erklärt, das weitergehende, vertiefte Studium stark beschränkt und den Studenten ein Beitrag zur Finanzierung ihrer Ausbildung abverlangt, in die auch ‚die Wirtschaft‘ verstärkt einbezogen wird.

Sehr deutlich wird also klargestellt, wozu in dieser Gesellschaft Bildung da ist: Erklärtermaßen soll sie kapitalistischen und öffentlichen Arbeitgebern junge und für ihren Bedarf passend qualifizierte Arbeitskräfte liefern. Insofern interessiert das Wissen als Qualifikation: Vermittelt wird, was den jeweiligen Arbeitgebern dient und die Lernenden diesem Bedarf dienstbar macht. Die Vermittlung dieses Wissens ist in der Form des Leistungsvergleichs organisiert, d.h. an seiner Aneignung pro Zeit sollen sich die Lernenden unterscheiden. Bezwecktes

Resultat dieser Konkurrenzveranstaltung ist die Auseinandersetzung der Schüler und Studenten in eine differenzierte Hierarchie von Bildungsabschlüssen. Die sind ihrerseits Zulassungsvoraussetzungen für die Hierarchie der Arbeitsplätze, die die Welt der Arbeitgeber zur Verfügung stellt – die ganz nebenbei die Hierarchie der Lebensverhältnisse in der Klassengesellschaft bestimmt.

Mit dem erfolgreichen Durchlaufen der schulischen Selektion ist für diejenigen, die der Aussortie-

rung in die unangenehmen und schlecht bezahlten Berufe fürs erste entgangen sind, der Durchsetzungskampf gegen andere im Leistungsvergleich am Wissen nicht vorbei. Für die Selektion an der Universität reicht die erfolgreiche Aneignung von „Lernstoff“ nicht mehr aus; zu bewähren haben sich – relativ erfolgreicher als ihre Kommilitonen, versteht sich – als selbstbewusste Vertreter ihres Fachs darzustellen. Der Staat will in seiner Elite nicht Mitmacher, sondern Überzeugungstäter.

2. Schüler und Studenten bekommen „Leistungsdruck“ zu spüren; sie erfahren, dass ihre Studienzeit mit „Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung“ ungemütlicher wird – und diese Unzufriedenheit ist absolut verständlich. Bemerkenswert ist, dass sie aus ihrer Unzufriedenheit überhaupt keine Überlegungen folgen lassen, mit was für einer Veranstaltung sie es da zu tun haben, welchem Zweck also ihr Ärgernis geschuldet ist. Anstatt das Bildungswesen zu kritisieren, stellen sie sich *neben* die schlechte Realität des Bildungswesens und halten ihr einfach die eigene Idealvorstellung von einem guten Bildungswesen entgegen, in der sie vom real existenten alles abgezogen haben, was sie stört. Ihre Gegnerschaft zum wirklichen Bildungswesen führen sie mit dem Vorwurf, dass es höhere Werte missachte, denen Bildung *eigentlich* zu entsprechen hätte. Die beklagte Wirklichkeit nehmen sie nur zur Kenntnis als Abweichung von einem jahrhundertealten, von ihnen selbst so genannten Bildungs-Ideal – also von etwas, das eingestandenermaßen noch niemals irgendwann als Leitfaden für die Praxis der Bildung Gültigkeit hatte.

Wogegen die wirkliche Bildung demnach verstößt, ist „das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung“ (bildungsstreik.net), ein Ideal, welches seit jeher zum Bildungswesen dazugehört und gegen dessen Missachtung sich nicht nur kritische Studenten, sondern auch die Organe der kritischen Öffentlichkeit wenden:

„Für Studenten heißt die neue Bologna-Wirklichkeit: Zielstrebigkeit ohne Umwege und Sackgassen. Neugier, Erkenntnisinteresse, selbständiges Denken – also alles, was höhere Bildung ausmacht – bleiben auf der Strecke.“ (FAZ, 19.6.09)

Mit diesem Ideal ist keinerlei Einwand gegen irgendeinen Lehrinhalt formuliert, sondern alles gebil-

ligt, was zum Studienstoff gehört. Damit soll auch keinerlei Kritik am Zweck des Ausbildungswesens geübt sein. Dem Protest zufolge hat die Aneignung des zu erlernenden Wissenskanons so lange einen Mangel, solange er nur „auswendig gelernt“ und „nachgebetet“, anstatt selbstbewusst und überzeugt vertreten wird. Zwar geht „Denken“ sowieso nicht anders als „selbstständig“, aber das Gemeinte ist klar: Damit sich die Studenten ihr Fachwissen *aktiv zueigen* machen, brauchen sie Gelegenheit für „Umwege und Sackgassen“. Anstatt zum etablierten Wissenskanon *geführt* zu werden, sollen die Studenten selbstständig den Weg zu ihm finden. Das gehört eben zur Qualifikation des Führungspersonals, das als gesellschaftliche Elite in der Lage sein soll, am Interesse

von Wirtschaft und Staat die gewünschten Dienste zu verrichten: Um andere führen zu können, ist eben mehr verlangt, als bloß vorgegebene Maßstäbe zu erfüllen; die Aneignung von Wissen auf dieser Ebene sollte sich unbedingt mit dem Standpunkt und dem Selbstbewusstsein verbinden, das alles aus freien Stücken zu tun! Das erst macht „höhere Bildung“ aus.

Wer mit diesem affirmativen Ideal nichts zu tun haben und statt dessen wirklich „kritisch sein“ und „richtig kritisieren“ möchte, dem bleibt es nicht erspart, das dann auch zu machen, also Zwecke und Inhalte dieser höheren Bildung zu kritisieren, anstatt einen Antrag bei der Kultusbehörde zu stellen, endlich eine Lehreinheit „kritisches humanistisches Reflektieren“ einzurichten.

3. Die kritischen Demonstranten, die die eigentliche, „gemeinwohlorientierte Bildung“ von „der Wirtschaft“ usurpiert sehen – an deren Zweck sie auch nichts weiter kritisieren wollen –, haben keinerlei Berührungspunkte mit den Argumenten der Kommilitonen, die „mehr Bildung“ fordern mit dem Argument, von ihr hänge die Zukunft der ganzen Nation, insbesondere der nationalen Wirtschaft, ab. Die werfen der Politik vor, vergessen zu haben, dass „Bildung unser einziger Rohstoff“ sei, machen Vorschläge, welche Posten des Staatshaushalts einer sinnvolleren Verwendung im Bildungssektor zugeführt werden sollten, und verfassen Petitionen an Politiker, in denen es heißt:

„Angesichts des herrschenden Fachkräftemangels halten wir es für äußerst kontraproduktiv, talentierte junge Menschen von einem Studium abzuhalten.“ (Petition der Landes-Astenkonferenz Bayern, www.studieneuebayern.de)

Diesen ideellen Ressourcenverwaltern ist es offensichtlich selbstverständlich, dass Wissen für keinen anderen Bedarf da ist als den der

heimatlichen kapitalistischen Wirtschaft und seiner Verwaltung. Bildung braucht es in dem Maße, wie sie dem nationalen Standort nützt! Wer diesen Standpunkt einnimmt, muss den wirklichen Ressourcenverwaltern zugestehen, dass ein gemächliches „Bummelstudium“ natürlich auch nicht nützlich, sondern „äußerst kontraproduktiv“ ist; dass die Wirtschaft nicht nur hoch qualifizierte Masters, sondern auch halb

qualifizierte Bachelors brauchen kann; und dass es dem Standort nützt, wenn sich an den Kosten zur Ausbildung der Ressource ‚Fachkraft‘ auch Sponsoren und Studenten beteiligen, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Dass die Organisation nützlicher Ausbildung für den Standort Deutschland verbessert werden könnte – sollte das alles gewesen sein, was der studentische Protest mitteilen wollte?



Gegenstandspunkt 3-09

Ab sofort im Buchhandel erhältlich

ISSN 0941-5831
136 Seiten, € 15.–

Bestellungen beim Gegenstandspunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04
Fax (089) 272 16 05

gegenstandspunkt@t-online.de
www.gegenstandspunkt.com

Anmerkungen zur Krise '09:

Lehren aus zwei Jahren Weltwirtschaftskrise

Die Krise des weltweiten kapitalistischen Geschäfts geht in ihr drittes Jahr. Die mehr als ein Jahr lang beschworene Hoffnung, die Konsequenzen ließen sich auf bestimmte Abteilungen des Weltfinanzmarkts begrenzen und von der ‚Realwirtschaft‘ fernhalten, hat sich längst als Illusion erwiesen – und die Konsequenzen für Beschäftigte und die wachsende Zahl von Beschäftigungslosen lassen nicht auf sich warten. Insofern werfen Verlauf und politische Behandlung der Krise ein außergewöhnlich grelles Licht auf das gewöhnliche marktwirtschaftliche Geschäftsleben und damit auf die für die normale Menschheit schädlichen Konstruktionsprinzipien des kapitalistischen Systems, das sonst gewohnheitsmäßig als der ‚normale Gang der Dinge‘ abgehakt wird. Die freiheitliche Öffentlichkeit sieht das freilich umgekehrt: Sie deutet das Krisengeschehen als Konsequenz fahrlässiger oder schuldhafter Regelverstöße, als Sonderfall, der den marktwirtschaftlichen Regelfall schon allein deswegen über jede Kritik erhebt, weil da das Geschäft der Geldvermehrung erfolgreich vorankommt. Der Zusammenhang der beklagten Auswüchse und Abweichungen mit dem funktionierenden marktwirtschaftlichen Normalfall bleibt also zu erklären. So lehrreich die Krise ist: Die Mühe des (Um-)Lernens erspart sie ihren Opfern nicht.

Das Lebenswerk des J. Habermas: Fundamentalkritische Affirmation von Gott und der Welt

Jürgen Habermas, ein „großer Vordenker“, „Deutschlands größter lebender Philosoph“ gar, steht anlässlich seines 80. Geburtstags mit seinem Lebenswerk zur Ehrung an. Nichts Geringeres als der „Geist der Moderne“ sei es, der in dem Werk des Philosophen mit sich Zwiesprache hält, erfährt der normalsterbliche Zeitgenosse. Anerkennend darf man staunen über die „Sprengkraft“, die seine „über Schelling vermittelte, mit Marx angereicherte und den Mitteln der Linguistik ausgehärtete Kommunikationsphilosophie“ bei „theoriehungrigen Intellektuellen“ hatte. Mehr noch: Man lobt den kritischen Vordenker dafür, immer und immer wieder „mit pathetischer Beredsamkeit für Rechtsstaat und Demokratie“ eingestanden zu sein und ein Denken erfunden zu haben, dem die Bundesrepublik „ganz entscheidend ihre moralische Neugründung verdankt.“ Weniger interessant ist für die geneigten Rezensenten, was es mit einem derart verfassten Theorie-Amalgam auf sich hat. Der GEGENSTANDSPUNKT holt das nach und klärt über die Gedankengänge von Habermas als Wissenschaftstheoretiker und Mentor einer demokratischen Wertegemeinschaft auf – also über ein prominentes Kapitel falscher und parteilicher – eben: bürgerlicher Wissenschaft.

Außerdem in der Rubrik Chronik, kein Kommentar:

- (1) Gewerkschaftspolitik in Krisenzeiten: Von der Beschäftigungssicherung zur Betriebsbeteiligung
- (2) Kurras, der Polizist, der Benno Ohnesorg erschoss, als Stasi-Mann enttarnt: Die Geschichte der 68er wird neu geschrieben – Stasi! Moskau! Mao! RAF!
- (3) Wähler und Bundesverfassungsgericht einig über das Ziel der europäischen Integration – Deutschland bleibt Deutschland!
- (4) Arbeitsplätze, Staatshilfen und Insolvenz – ein Kapitel Standortpolitik in Krisenzeiten
- (5) Bildungstreik 2009 Der Staat effektiviert die Ressource Bildung – Schüler und Studenten streiken: für ihr Ideal davon
- (6) Streit um die Namensgebung für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr: Krieg oder nicht Krieg – das ist hier die Frage
- (7) Leserbrief „Ich möchte entschieden widersprechen, die westlichen Staaten als Demokratie zu bezeichnen.“

KRITIK DER VWL: Die Soziale Marktwirtschaft und die „gesellschaftlich erwünschte“ Armut

Seit der internationale Finanzmarkt sich selbst zerlegt hat und sich infolgedessen die sonstigen Märkte in einer Weltwirtschaftskrise befinden, hat das Dogma vom freien Markt, der alles dann am besten regelt, wenn nicht in ihn „eingegriffen“ wird, etwas an Popularität eingebüßt – praktisch und theoretisch. Während sich staatliche Rettungspakete, Schutzschirme und Konjunkturprogramme darum bemühen, marktwirtschaftlicher Geschäftstätigkeit zum Erfolg zu verhelfen, während Kurzarbeitsregelungen Massenentlassungen verzögern und Sicherungsklauseln in der Rentenformel die Altersarmut regeln sollen, während die Politik also kräftig am „Eingreifen“ ist, zerbrechen sich die ökonomischen Sachverständigen öffentlich den Kopf darüber, ob sie das – marktwirtschaftstheoretisch betrachtet – soll, muss oder darf.

Darf sie, so teilt uns ein Beitrag im Feuilleton der FAZ mit, und soll sie sogar, damit „der Markt wirklich sozial wird“ (alle Zitate aus: FAZ, 11. April 2009, S. 31).

Was der Markt (nicht) leistet

Dabei beruft er sich auf den „Erfinder“ der „Sozialen Marktwirtschaft“. Der hieß Alfred Müller-Armack und verfasste 1946 ein Werk mit dem Titel „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, in dem er die Marktwirtschaft als das jeder wirtschaftlichen Planung unbedingt vorzuziehende Wirtschaftssystem propagierte – wegen ihrer hohen ökonomischen „Leistungsfähigkeit“ und der Freiheit des Individuums. Der Markt solle, so referiert die FAZ, „besser als jedes andere System“ für Produktivität und Reichtum, führe allerdings „mitunter“ zu „gesellschaftlich unerwünschten Einkommens- und Vermögensverteilungen“. Dass der produzierte Reichtum gar nicht mitunter, sondern mit schöner Regelmäßigkeit dort landet, wo sich im Ausgangspunkt schon Geld bzw. Kapital befindet, ist in einer Gesellschaft, die marktwirtschaftlich wirtschaftet, selbstredend nicht „unerwünscht“. Kapitalvermehrung ist schließlich der Zweck der ganzen Veranstaltung. Dass die Mehrheit der Bevölkerung allerdings ebenso regelmäßig in aller Freiheit der Marktgesetze von einem Einkommen leben muss, das für das Lebensnotwendige nicht reicht, und dass sie deshalb ihre Funktion als Arbeitnehmer und Staatsbürger nur eingeschränkt oder gar nicht erfüllen kann, das stört die Macher dieser Gesellschaft schon – mitunter jedenfalls. Müller-Armack weiß, was da zu tun bzw. zu unterlassen ist.

In gar keinem Fall darf der „Marktmechanismus“ beeinträchtigt werden. Das wäre dann der Fall, wenn die Politik Preise anordnete, zu denen die armen Menschen sich das Zeug, das sie brauchen, auch leisten könnten, oder wenn sie ihnen ein ausreichendes Einkommen garantierte. Preis-, Miet- und Lohnbindungen lehnt der „geistige Vater“ der Sozialen Marktwirtschaft entschieden ab. Derartige Maßnahmen wären nämlich ganz schlecht für die Effektivität des Marktes, auf dem das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage“ zu Preisen führt, die „die zentrale Rolle bei der Anzeige von Knappheitsverhältnissen“ spielen.

Das behauptet jedenfalls Müller-Armack (und mit ihm die VWL bis heute): Ein hoher Preis hat seinen Grund darin, dass ein Gut „knapp“ ist. Deshalb kriegen es nur ein paar Wohlhabende, die diesen Preis bezahlen können. Ein hoher Preis

führt aber auch zu einem steigenden Angebot an diesem Gut, das dann nicht mehr knapp ist, weshalb sein Preis runter geht und weniger Wohlhabende es sich auch leisten können. So will es in der wirtschaftswissenschaftlichen Modellwelt das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ – und so ist es auf dem realen Markt keineswegs.

Momentan sind beispielsweise Autos alles andere als knapp. Massenweise können produzierte Neuwagen nicht abgesetzt werden, weil sie für viele Leute, die durchaus ein neues Auto brauchen könnten, zu teuer sind. Trotzdem sinken die hohen Preise nicht, jedenfalls nicht so weit, dass sie zur Zahlungsfähigkeit dieser Nachfrager passen würden. Um die Befriedigung von Nachfrage geht es nämlich immer nur als Mittel der Gewinnerzielung, und so sind auch die Marktpreise kalkuliert: Mit dem Verkauf soll ein Überschuss über die Produktionskosten erzielt werden. Wenn diese Preiskalkulation nicht aufgeht, die Waren zu diesem Preis nicht verkauft werden können, unterbleibt ihr Verkauf. Damit stellt sich ihre Produktion, die ja sachlich ein Erfolg war – schließlich hat sie eine Menge gebrauchsfähiger Güter erzeugt – als marktwirtschaftlicher Fehlschlag heraus. Für den Konsum stehen diese Güter deshalb nicht zur Verfügung. Ressourcen und Arbeit, die für ihre Herstellung nötig waren, waren vergeblich aufgewendet; nicht, weil niemand diese Güter konsumieren wollte, sondern weil die Preiskalkulation ihrer Hersteller nicht aufging. Was nicht gewinnbringend verkauft werden kann, ist in der Marktwirtschaft schlicht wert- und nutzlos. Von Knappheit an Gütern, die der Preis „anzeigen“ müsste, also keine Spur! „Knapp“ ist nur das Geld der Armen, die der Preis der Waren am Konsum hindert. Überproduktion von Waren, die auf dem Markt nicht abzusetzen sind, neben einer Vielzahl von Armen, denen es an diesen Produkten fehlt: Das ist die „hohe Leistungsfähigkeit“, für die die Liebhaber der Marktwirtschaft dieses System so gerne loben.

Die behaupten nun, dass dieses Missverhältnis ein zwar unschönes, aber notwendiges Zwischenergebnis im „Spiel von Angebot und Nachfrage“ sei, das aber „der Markt“ selbst korrigiere. Findige Anbieter würden ihre Kalkulation nämlich der Geldknappheit bei den Nachfragern anpassen und Billigprodukte auf den Markt werfen, die diese sich leisten können – und schon sind Angebot und Nachfrage wieder auf bestem Weg zum Gleichgewicht. Bloß: Welche Anbieter nun „findig“ genug waren, stellt sich wiederum hinterher, nämlich in bekannt „ef-

fizienter“ Weise nach der Produktion auf dem Markt heraus. Der ist, wie immer, so auch in diesem Fall, bevölkert von Geschäftsleuten, die alle bestrebt sind, ihre Produktionskosten so weit zu senken (die Kosten wohl gemerkt, nicht etwa, wie die VWL gerne glauben machen möchte, den Ressourcenverbrauch), dass sie die Konkurrenten preislich unterbieten und aus dem Markt drängen können. Anbieter, die da unterliegen, können einpacken. Ihre Produkte bleiben liegen, ihre Produktionsanlagen sind als unrentabel auszumustern und Leute, die da gearbeitet haben, verlieren deshalb ihre Existenzgrundlage.

Sachlich zeichnet sich die Marktwirtschaft also durch eine grandiose Verschwendung von materiellem Reichtum bei gleichzeitiger massenhafter Verarmung aus. Beides ist effizient für die Erwirtschaftung von Profit, aber eben auch nur dafür.

Wie seine Leistungen zu „korrigieren“ sind

Auf diese „ökonomischen Leistungen“ der Marktwirtschaft will Müller-Armack nichts kommen lassen. Die „Automatik des Marktes“ sei, so beteuert er, ein „überaus zweckmäßiges Organisationsmittel“. Das Resultat allerdings, das sie hervorbringt, hält er für korrekturbedürftig: „Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen“.

Eigentlich liegt ja nun der Gedanke nahe, dass an den Zwecken der Marktwirtschaft etwas faul sein muss, wenn sie, zweckmäßig betrieben, zu solch unbefriedigenden Ergebnissen führt. Die „marktwirtschaftliche Verteilung“ führt ja gar nicht ausnahmsweise, sondern beständig zu Reichtum auf der einen und Ausschluss von vorhandenem Reichtum auf der anderen Seite. Denn Anbieter und Nachfrager betreten als Privateigentümer den Markt schon mit der Voraussetzung, dass die einen Kapital und damit Produktionsmittel besitzen und die anderen eben nicht. Diese müssen, weil sie damit von deren Nutzung ausgeschlossen sind, den Besitzenden ihre Arbeitskraft anbieten. Die wird von denen nur nachgefragt, wenn sie so billig ist, dass ihre Käufer mit ihrer Anwendung Profit erzielen.

In der Markttheorie von Angebot und Nachfrage kommt das alles so nicht vor. Da agieren „Leistungsbringer“ mit unterschiedlichen „Qualitäten“ – der eine hat kräftige Oberarme, ein anderer kann gut rechnen und ein Dritter hat eben viel Geld. Das führt, so die Theorie

weiter, zu einer „Einkommensverteilung“, die Alt- und/oder Neoliberale als schwer in Ordnung, weil irgendwie leistungsgerecht, propagieren. Andere Markttheoretiker sehen das mit der unterschiedlichen Leistung im Prinzip genauso, stehen aber dem Ausmaß der so erzeugten Armut kritisch gegenüber. Zu denen gehört Müller-Armack. Er erteilt der Politik den Auftrag, für die „notwendige Rücksichtnahme auf sozialethische Prinzipien“ zu sorgen und die „marktwirtschaftliche Einkommensverteilung“ zu korrigieren, dabei aber auf keinen Fall in den „Marktmechanismus“ einzugreifen, der diese Verteilung hervorbringt. Das geht so: „Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktwirtschaftlichen Eingriffs vor.“

Sehr ideal: Wenn die Marktwirtschaft dafür sorgt, dass viele Marktteilnehmer von einem Einkommen leben müssen, das nicht mal fürs Wohnen und das Großziehen von Kindern ausreicht, dann ist ihr das einerseits nicht vorzuwerfen. Es entspricht aber andererseits, wenn's allzu dolle kommt, nicht den „Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens“, die Müller-Armack verwirklicht sehen möchte. Zu denen gehört es, dass auch Niedriglohneempfänger irgendwie ausgeschlafen und gewaschen am Arbeitsplatz erscheinen und den „gesellschaftlich erwünschten“ Nachwuchs produzieren können. Sozialethisch betrachtet darf ihre Armut nur so groß sein, dass sie ihnen die Erfüllung dieser sozialen Aufgaben nicht verunmöglicht. So viel „Wohlstand für alle“ muss sein und deshalb muss der Staat eine nachträgliche „Vermögensumverteilung“ vornehmen, indem er die Reichen besteuert und die Armen bezuschusst. Dieser Fall von „marktwirtschaftlichem Eingriff“ ist für Müller-Armack deshalb „ideal“, weil er zu seinem Marktmodell passt: Wenn sich die so Bezuschussten auf den Markt begeben und nachfragen, dann wird die freie Preisfindung nicht beeinträchtigt. Die „Regeln“, die die Markttheorie aufgestellt hat, sind nämlich nicht verletzt, wenn die Politik den Reichen etwas Geld wegnähme, um es den Armen zu geben. Wer da als Nachfrager auftritt und was der dann nachfragt, ist schließlich völlig egal für das „freie Spiel“ von Nachfrage und Angebot, für das die Wirtschaftswissenschaft die ideale Grundregel aufgestellt hat, dass beide sich immer einander anpassen und damit alles ins Lot bzw. Gleichgewicht kommt. Insofern gibt es also keinerlei „Markt-

problem“ bei der Vermögensumverteilung.

In der realen Sozialen Marktwirtschaft geht es aber gar nicht um die Anzeige von Knappheit, den Einklang von Angebot und Nachfrage und ähnliche Erfindungen. Da geht es um Kapitalwachstum, also um Geld, das einzig und allein deshalb in die Produktion investiert wird, um es zu vermehren. Und dafür ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein Großteil der Bevölkerung über kein Vermögen und kein Einkommen verfügt und deshalb kostengünstig als Produktionsfaktor zu haben ist. Dass diese Leute „Anbieter“ besonderer Art sind, wird durchaus deutlich, wenn Müller-Armack den Mindestlohn thematisiert: „Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im Wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.“

Wieso ist eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze „marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch“, wenn Preisbindungen generell ein Vergehen gegen die marktwirtschaftliche Effizienz darstellen? Aus der Markttheorie ergibt sich das zwar nicht, aber für den Markttheoretiker eben dann doch: Auf dem Arbeitsmarkt werden Preise erzielt bzw. gezahlt, deren geringe Höhe mit den „sozialethischen Prinzipien“ eines Wirtschaftsfachmannes schon einmal schwer vereinbar sein kann. Warum es solche Löhne gibt, interessiert ihn allerdings nicht: Gegenüber stehen sich da nämlich die Anbieter von Arbeitskraft, die wegen ihrer Besitzlosigkeit auf jeden Lohn angewiesen sind, und die Nachfrager nach Arbeit, die dafür nur so viel zahlen, dass ihre Gewinnkalkulation aufgeht. Es handelt sich da in aller Freiheit um ein materielles Erpressungsverhältnis, in dem die eine Seite ihr Angebot nur um den Preis des Existenzverlustes zurückziehen kann, weswegen die andere bei der Erzielung eines günstigen Kostpreises leichtes Spiel hat. Weil es auf den Geschäftserfolg dieser Seite ankommt, muss die Politik, so der Volkswirtschaftler, bei ihren sozialethischen Maßnahmen schwer aufpassen. Am besten geht das, wenn sie die Unternehmen auf die Sozial- und Lohnkosten festlegt, die das durchschnittlich gewinnträchtige Unternehmen sowieso bezahlt. Dieses Armutsniveau ist in jedem Fall „marktkonform“.

Weitere Argumente gegen die bürgerliche Wissenschaft:

- Die Mikroökonomie
- Die Münchner Philosophie
- Kritik der Wirtschaftswissenschaft
- Argumente gegen die Psychologie
- Argumente gegen Umwelt und Ökologie
- Argumente gegen die Medizin
- Kritik der „Kritischen Theorie“
- Argumente gegen die Politologie

gibt es über den Gegenstandspunkt-Verlag. Anschrift s. S. 2.

gegeninformation und diskussion

„Überflusgesellschaft“ – „Konsumterror“ – „Konsumentenmacht“:

KONSUM IM KAPITALISMUS

Wer heute noch behauptet, Arbeiter hätten im Kapitalismus nichts zu verlieren als ihre Ketten, macht sich lächerlich. Nicht zuletzt vor den Leuten, von denen die Rede ist. Wir leben nämlich in einer „Wohlstandsgesellschaft“, auch wenn die feinsinnige Unterscheidung zwischen Kaufhäusern und Discountern, Anbietern und Billiganbietern, Tourismus und low-budget-Reisen Zweifel an der Behauptung aufkommen lassen könnte. Der Konsum der Menschen gilt einfach

als letztes Ziel dieser Wirtschaft und als überaus gut bedient dazu. Als müsste, wenn dem so wäre, um jeden Euro Lohn gekämpft werden! Eine Kritik am Konsum im Kapitalismus gibt es allerdings auch. Die Gesellschaft laboriert angeblich an einem Zuviel davon, so dass sie auch „Überflusgesellschaft“ heißt. Der „Konsumterror“ lauert in jeder Einkaufspassage und kommt jeden Abend mit der TV-Werbung ins Haus, die mit ihrer Manipulation „künstliche Bedürfnisse“ kre-

iert, damit die Kassen klingeln. Als rastloser Autofahrer versaut dann der Konsument das Klima, als unersättlicher Fleischfresser nötigt er die Agrarindustrie, zu minimalen Preisen maximale Mengen von Gammelfleisch über den Tresen zu reichen.

So kommt „König Kunde“ in den Genuss einer Doppelrolle: Als Konsument darf er dem Kapitalismus für eine Leistung danken, die gar nicht im Programm ist: Versorgung. Und die schädlichen Wirkungen, die das

kapitalistische Wachstum tatsächlich auf Natur und Gesundheit hat, weil Gewinn statt Versorgung sein Ziel ist, darf der Konsument seiner Maßlosigkeit in Versorgungsdingen zurechnen.

Die Veranstaltung will nicht nur erläutern, welche Rolle der Konsum im Kapitalismus wirklich spielt, sondern auch die gängigen Ideologien über „König Kunde“, seine Anfälligkeit für die Tricks der Werbung sowie seine Konsumentenmacht kritisieren.

Vortrag und Diskussion mit einem Redakteur der Zeitschrift GegenStandpunkt

Dortmund: 2. Dezember, 20 Uhr, Dietrich-Keuning-Haus, Großer Saal, Leopoldstr. 50-58, 44147 Dortmund

Bonn: 15. Dezember, 19 Uhr, Uni Bonn, Hauptgebäude. Genaue Ortsangabe ab Ende Oktober unter www.gegeninformation.net/

Argumente zur Finanz- und Wirtschaftskrise im Internet unter:

vonmarxlernen.de
gegeninformation.net



Bielefeld: Vortrag und Diskussion mit Rolf Röhrig:

Fleiß * Sparsamkeit * Bescheidenheit * Ehrlichkeit * Altruismus * Höflichkeit:

Die Moral und ihre großen Werte – nichts wert!

26. Januar, 19 Uhr, Uni Bielefeld.
Näheres unter: <http://ak.blogspot.de/>

BOCHUM: COUNTER CURRICULUM DES REFERATS FÜR KRITISCHE WISSENSCHAFTEN AN DER RUB

14.12., 19.30h: Vortrag und Diskussion mit Peter Decker: Der verordnete Pluralismus in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften – Anstandsregeln einer falschen Wissenschaft

15.12., 11h: Tagesseminar mit Peter Decker: Kritik der ‚Kritischen Theorie‘ der Frankfurter Schule (Adorno et al.)

25. 1., 19.30h: Vortrag und Diskussion mit Rolf Röhrig: Erziehung im Kapitalismus – der tägliche Kampf um freiwillige Fügsamkeit rolf röhrig
Jeweils in der Ruhr-Uni-Bochum.

Weitere Infos unter: www.asta-bochum.de/~kriwi-.html

Eine marxistische Analyse: 60 Jahre Volksrepublik China Mao und seine Erben auf dem langen Marsch zur Weltmacht.

China ist ein bemerkenswerter Sonderfall. Ausgerechnet eine kommunistisch regierte Bauernnation des Ostens macht praktisch wahr, was der Westen seinen in die Freiheit entlassenen Kolonien als Chance einer Teilnahme an der Staatenkonkurrenz des kapitalistischen Weltmarkts verkaufen wollte: China schafft eine wahrhaft nachholende „Entwicklung“, schließt zu den etablierten Nationen auf, wird kapitalistische Weltmacht. Anhänger einer früher antikapitalistisch inspirierten Drittwelt-Bewegung können sich heute fragen, ob es das war, wovon sie immer geträumt haben...

Das Buch geht der Frage nach, wie die 30 Jahre Aufbau des Sozialismus und die 30 Jahre Aufbau der Kapitalismus eigentlich zusammenpassen, die in China unter derselben KP-Führung auf die Tagesordnung gesetzt und durchgezogen wurden. *Wo ist der rote oder weniger rote Faden?*

Die zentrale These: Schon in Theorie und Praxis der KP unter Mao ist die Unterordnung aller sozialistischen Ambitionen unter das Ziel der Befreiung, Einigung und schließlich des Aufbaus einer mächtvollen chinesischen Nation grundgelegt, das dann unter Deng und den Nachfolgern mit einer Neudefinition der Staatsräson weiter verfolgt, mit „kapitalistischen Methoden“ vorangetrieben und zu erstaunlichen Erfolgen geführt wird.

Die 4. Generation kommunistischer Staatsführer kann mit dem Resultat ihres „kapitalistischen Experiments“ zufrieden sein. Ihr Volk, das gestern wie heute die ehrgeizigen Programme der Nation ermöglicht und bezahlt, hätte allen Grund, seine Bilanz anders ausfallen zu lassen ...

Es wird inzwischen viel über China geredet – aber *wie?* Die einen bewundern die atemberaubende Entwicklung, die anderen regen sich über das autoritäre Regime der letzten mächtvollen KP auf, Linke halten das Land für ein hoffnungsvolles Gegengewicht gegen die USA. Alle zusammen fragen sich also, was der asiatische Senkrechtstarter „für uns“ bedeutet. Unser Gegenprogramm: Unparteilich *erklären*, welches *ökonomische und politische Programm* die chinesischen Kommunisten mit und nach Mao auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Renate Dillmann

CHINA

Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht

400 Seiten, EUR 22.80, ISBN 978-3-89965-380-9

Buchvorstellung und Diskussion mit der Autorin:

Düsseldorf: 27.10., 19h. Kulturcafé Solaris 53 e.V. Kopernikusstr. 53, 40225 Düsseldorf - Bilik

Köln: 29.10., 20h. Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Offener Treff, Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Bochum: 18.11.; 19:30h. Uni Bochum. ASIA-Kulturcafé, Univeritätsstr. 150, 44801 Bochum (Counter Curriculum)

Bonn: 1.12., 19h. Uni Bonn, Hauptgebäude. Genaue Ortsangabe ab Ende Oktober unter www.gegeninformation.net/bonn

Albert Krölls
Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?

Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus



Albert Krölls

Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?

Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus

224 Seiten - EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-342-7

Freerk Huisken

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks

Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw.



Freerk Huisken

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks

Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw.

176 Seiten - EUR 12.80
ISBN 978-3-89965-210-9

Suibert Cechura
Kognitive Hirnforschung

Mythos einer naturwissenschaftlichen Theorie menschlichen Verhaltens



Suibert Cechura

Kognitive Hirnforschung

Mythos einer naturwissenschaftlichen Theorie menschlichen Verhaltens

192 Seiten - EUR 13.80
ISBN 978-3-89965-305-2

www.vsa-verlag.de